



CDU

Christlich Demokratische Union

Fraktion

im Rat der Gemeinde Havixbeck

Rede des Fraktionsvorsitzenden Thorsten Webering
zum Gemeinde-Haushalt 2021

Havixbeck, 25.03.2021

Was zu viel ist, ist zu viel.

(Deutsches Sprichwort)

Sehr geehrter Herr Möltgen, sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrter Herr de Carné, liebe Bürgerinnen und Bürger,

was zu viel ist, ist zu viel. Dieses deutsche Sprichwort beschreibt nach Ansicht der CDU-Fraktion sehr gut die Situation um den Haushalt 2021 der Gemeinde Havixbeck. Zu viele Auswirkungen durch die Corona-Pandemie, zu viel Defizit, zu viel Neuaufnahme von Schulden, zu viel Unsicherheit mit Blick in die Zukunft und viel zu wenig Aktion und Reaktion durch die grün-rote Koalition.

Die Beratungen zum Haushalt in den jeweiligen Fachausschüssen bestätigen dieses Bild. Zu viel Symbol- und Klientelpolitik, zu viel Stückwerk und viel zu wenig die gesamte Gemeinde im Blick. Wir führen hier gerne Beispiele an:

So werden nicht ganzheitliche Projekte vorangetrieben, sondern eine Fahrradstraße hier und eine Straße da in den Fokus gerückt (Schulstraße und Hangwerfeld). 15.000 € zu Lasten der Gemeindekasse statt erst das bereits budgetierte Mobilitätskonzept in Gänze voranzutreiben und die Ergebnisse daraus passgenau zu verwerten. Diese Ergebnisse sind auch insbesondere für die Verkehrssituation rund um die Münsterstr. in Bezug auf die Ansiedlung der zwei geplanten Kindertagesstätten zwingend erforderlich.

Die SPD-Forderung nach Übernahme der Elternbeiträge für die OGS bis zu einem Einkommen von 37.000 € sind prinzipiell der richtige Weg, belasten aber in dieser Situation die Gemeindekasse in vier Jahren mit gut 100.000 € - entlastet werden jedoch nur 24 Familien. Hier muss aus unserer Sicht der Appell an das Land gerichtet werden, dass die Bildungsangebote insgesamt kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Das eingeführte zweite beitragsfreie Kitajahr seitens der CDU geführten Landesregierung NRW ist dort genau der richtige Schritt in diese Richtung. Weiter so!

Das führt uns zum Bereich des Sports. Ein Konzept zur Finanzierung aller angemeldeten Belange der Sportvereine seitens des Gemeindesportbundes Havixbeck wurde ausgearbeitet und mit der Gemeindeverwaltung besprochen. Ein Konzept, dass durch die Sportförderpauschale des Landes NRW gedeckt werden kann und insgesamt 40.000 € jährlich bedarf. Geld für Projekte, das den fast 4.000 angeschlossenen Mitglieder zu Gute kommt. Zu viel Geld für die Koalition. Lieber werden jetzt 55.000 € in diesem Jahr und 17.500 € für weitere drei Jahre ausgegeben und dabei noch 50.000 € für GS Hohenholte und weitere Projekte von drei Vereinen im Volumen von 30.000 € an den Gemeindesportbund Havixbeck verwiesen, obwohl dieser nicht über die ausreichenden Mittel verfügt.

Es existiert einfach zu viel Gegeneinander im Rat und im Haushalt. Mit Sachverstand eingebrachte Anträge durch die CDU, wie beispielsweise die Umsetzung von WLAN-Hotspots für den Dorfkern in Havixbeck und Hohenholte sowie am Bahnhof, die ökologische Aufwertung der Gräfte in Hohenholte werden lieber mit Sperrvermerk versehen, statt sie offensiv voranzutreiben. Die dringend benötigte Förderung unserer Gewerbetreibenden vor Ort, durch bezuschusste Wertgutscheine – wie sie in der Mehrzahl der Kommunen im Kreis Coesfeld existent sind – wird pauschal abgelehnt, weil sie von uns stammt. Und die Ablehnung fußt gar auf den Worten, davon profitierten ja eh nur diejenigen, die es sich leisten könnten. Falsch! Gerade wer wenig Geld hat, bekommt für 20 € einen Wertgutschein von 25 €. Geld, das im Einzelhandel vor Ort ausgegeben wird. Davon profitieren die Inhaber der Gutscheine und die Gewerbetreibenden vor Ort. Wirtschaftsförderung par excellence und sozial gerecht in Reinform. Da die Idee von der CDU stammt – nein! Dass scheint zu viel zu sein: 15.000 € waren hier gefordert, was insgesamt 75.000 € in die Kassen der Gewerbetreibenden vor Ort gespült hätte.

Ja es scheint insgesamt bezogen auf den Haushalt und die Politik mehr Intransparenz und Klientelpolitik Einzug zu erhalten. Beschlüsse werden – obwohl es sich alle Parteien im Wahlkampf auf die Fahnen geschrieben haben – ohne jedwede Bürgerbeteiligung und ohne jedwede Transparenz in Hinterzimmern getroffen und möglichst schnell durch den Rat geschoben. Beispiele sind die Erhaltungssatzung, der Beschluss zur Sanierung der Schützenstraße, die getroffenen Festsetzungen zum Bebauungsplan

Habichtsbach III. Letztere Festsetzungen zeigen insbesondere, dass bezahlbares Wohnen in weite Ferne rückt. Standards – wie z.B. KfW 40 – sind nicht für jedermann bezahlbar. Ein Spielplatz im künftigen Baugebiet statt auf der in wenigen Metern entfernten Freifläche lässt die Grundstückspreise für Bauwillige steigen.

Das zeigt uns aber auch die klaren Machtverhältnisse in der Koalition auf. Der Stimmenlieferant und Juniorpartner SPD rückt hier an den Rand der Bedeutungslosigkeit. Das verdeutlichen auch die zunächst öffentlichkeitswirksamen Anträge Ansiedlung des Spielplatzes auf der Freifläche, die Kita-Gebührenfreiheit bis 49.000 € Einkommen, die allesamt mangels Akzeptanz oder besserer Einschätzung seitens des Koalitionspartners leise von der SPD wieder zurückgezogen werden. Daran kann auch der symbolhafte aktuelle SPD-Antrag auf Schaffung bezahlbaren Wohnraums nichts ändern. Denn man muss wissen, dass sich bereits vor dem Antrag ein Grundstückseigentümer samt Investor gemeldet hat, um zahlreiche Wohnungen im Bereich des geförderten Sozialwohnraumes zu schaffen.

Bleiben wir noch kurz bei der Klientelpolitik und beim Stichwort Ideologie. So wird ganz aktuell ein gemeindliches Einvernehmen für die Windkraftanlagen im Herkentrup erteilt und das verbunden mit aller Polemik und Desinformation, dass es einzig und allein zum Zweck der Abwehr von Schadensersatzansprüchen gegen die Gemeinde getan werde. Transparenz in dieser Angelegenheit heißt, dass diese Schadensersatzansprüche nicht gegeben sind, sondern hier reine Ideologie schaltet und waltet. Passend in diesem Zusammenhang ist der Ausspruch von Helmut Schmidt: „Wer Kritik übel nimmt, hat etwas zu verbergen.“ Die CDU-Fraktion spricht sich klar für die Windkraft aus, aber nicht in dieser Anlagenhöhe. Mit Abstand und ohne Mensch gegen Natur auszuspielen – so sehen wir es und hoffen, dass die Abstandsregeln, welche im Bund beschlossen wurden und baldig auch im Land verabschiedet werden, zum Wohle und Schutz vor gesundheitlichen Gefahren greifen.

Lobende Worte sollen aber selbstverständlich auch nicht fehlen. So begrüßen wir die Schritte der Gemeindeverwaltung auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen eine Bürger-App zur verstärkten Vernetzung bereitzustellen. Gleichsam begrüßen wir den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum 100-Dächer-Programm, der regenerative Energien und das Ziel der Energieautarkie mit Nachdruck verfolgt – und das nicht nur durch Windkraftanlagen. Die CDU-Fraktion hat dazu unmittelbar einen ersten Projektantrag des TC Havixbeck eingereicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was zu viel ist, ist zu viel. Die Corona-Pandemie zeigt mit Blick auf den Haushalt massive Auswirkungen. Über 1,4 Mio. € Mindererträge bzw. Mehrausgaben und weitere Millionen werden aufgrund des langen Lockdowns in diesem Jahr folgen. Nur auf Basis des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID 19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land NRW kann die schwarze Null im Havixbecker Haushalt mit eben diesem bilanziellen Kunstgriffs erreicht werden. Faktisch haben wir bereits jetzt ein Defizit von 1,4 Mio. € im Haushalt. Ein negatives Ergebnis, was es in dieser Höhe seit langem nicht mehr gegeben hat. Und der Haushalt beinhaltet noch nicht alle Positionen. So fehlen die Mehraufwände zur Umgestaltung der Schützenstr., die Sanierung des Daches an der Grundschule, die tatsächliche Höhe der Kosten der Brandschutzsanierung des Altbaus der Gesamtschule und vieles mehr. Die Ausweitung des Personalbestandes führt u.a. zu den Mehrkosten in diesem Bereich von 420.000 €. Mehrkosten, welche sich mindestens in gleicher Höhe auch in den Folgejahren niederschlagen werden.

Eine Entwicklung die gesamthaft zeigt, dass wir Verantwortung übernehmen müssen – vor allem für die Generationengerechtigkeit. Wir wollen nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibenden in naher Zukunft zu höheren Gemeindesteuern herangezogen werden müssen, weil unserem Haushalt die Luft ausgeht. Im Zuge der Beratungen der SPD-Anträge zu den Beitragsbefreiungen im Bereich der OGS und der Kitas warnte die Kämmerin eindringlich davor, in diesem Jahr derartige Ausgaben oder Planungen zu tätigen. Aus ihrer Sicht seien sonst Steuererhöhungen unausweichlich. Aus unserer Sicht sind Grün und Rot offenbar der Auffassung, dass es gleichgültig sei, wie in fünf Jahren der Schuldenhaushalt der Gemeinde Havixbeck aussieht. Wir sind nicht dieser Auffassung, für uns endet die Verantwortung nicht am Ende einer Wahlperiode.

Die CDU-Fraktion beantragt aus diesem Grund spätestens bis zur letzten Ratssitzung 2021 seitens der Gemeindeverwaltung ein freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept zu entwickeln und dem Rat gemeinsam mit dem Haushaltsentwurf 2022 zur Entscheidung vorzulegen. Geplante Investitionen sind auf deren Zukunftsfähigkeit und Realisierbarkeit zu prüfen, Aufwände kritisch zu reflektieren und Ertragspotentiale in den Fokus zu rücken. Daher ist ein freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept aus unserer Sicht das Steuerungsinstrument, um den Haushalt für die Zukunft wieder auf solide Füße zu stellen und einer zwangsweisen Haushaltssicherung und Erhöhungen der lokalen Steuern und Abgaben vorzubeugen. Wir wollen und wir müssen die Gestaltungsfähigkeit des Rates erhalten.

Leider zeigen die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss in der letzten Woche, dass dazu der Wille der Koalition fehlt. „Man müsse nicht allem hinterher eifern, was z.B. in der Gemeinde Nottuln beantragt würde“, so die hiesige SPD-Fraktionsvorsitzende. Dabei verkennt sie, dass der Antrag dort eigens von der SPD aus der Opposition heraus gestellt wurde und von der Koalition dankend aufgegriffen wurde, um auch in Zukunft als Gemeinde handlungsfähig zu bleiben. Dazu sagte einst Konrad Adenauer: „Eine Regierung, die keine Kontrolle hat in einer Opposition, die läuft Gefahr, in die Irre zu gehen.“

Wir die CDU-Fraktion haben unsere Rolle und Verantwortung bereits gefunden. Wir wünschen es den Koalitionspartnern aus Grün-Rot ebenfalls und sind gespannt auf die Inhalte des Koalitionsvertrages zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger aus Havixbeck und Hohenholte.

Die CDU-Fraktion wird im Falle der Ablehnung des CDU-Antrags zur freiwilligen Haushaltskonsolidierung die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen 2021 ablehnen.

Was zu viel ist, ist zu viel.

Vielen Dank!

Ihr Thorsten Webering